



AFGHANISTAN

Das Wort des Paschtunen

Durchbruch bei den Gesprächen mit den Taliban: Die eröffnen ein Büro in Katar. Das ist auch deutscher Diplomatie zu danken und einem entscheidenden Treffen in München. Aber was werden die Verhandlungen mit Amerikas Todfeinden bringen?

Der Mann, der am letzten November-Wochenende 2010 auf dem verschneiten Münchner Flughafen landete, sollte mit dem normalen Betrieb auf dem Airport so wenig wie möglich zu tun haben. Er flog mit einer Falcon 900EX ein, der dreimotorigen Dienstmaschine des Bundesnachrichtendienstes, sie hatte ihn am Persischen Golf abgeholt. Regierungsbeamte brachten ihn in ein vom BND vorbereitetes Quartier.

Unter normalen Umständen wäre Tayyeb Agha, der Mann aus der Falcon, in Deutschland wohl als Terrorist verhaftet worden. Agha zählt zum Führungskreis der Taliban, er wird international



Politiker Karzai, Steiner, Guido Westerwelle*
Unter höchster Geheimhaltung arrangiert

gesucht. Aber an jenem Wochenende war nichts normal. Das Treffen, unter höchster Geheimhaltung von BND und Auswärtigem Amt arrangiert, war eine politische Premiere. Es markierte den Beginn von Gesprächen zwischen den Taliban und der amerikanischen Regierung, die mit einer eigenen Delegation in München vertreten war.

Gut 13 Monate später zeigt sich: Die Sondierungen waren erfolgreich. Dienstag vergangener Woche kündigten die Taliban an, sie wollten ein Verbindungsbüro im Golfemirat Katar eröffnen. Es hande-

* Am 19. November 2011 in Kabul.



Taliban-Anschlag auf Nato-Tanklaster nahe dem pakistanischen Quetta

BANARAS KHAN / AFP

le sich um „ein politisches Büro für Verhandlungen“, erläuterte Sprecher Zabiullah Muschahid im Internet.

Ein Büro in Katar? Das klingt unspektakulär. Aber dahinter steckt die Botschaft, dass sich alle Seiten auf den Start zu Friedensverhandlungen zwischen den Taliban, der Regierung in Kabul und den in Afghanistan stationierten Truppen geeinigt haben. Und dass die Taliban nun die internationale Bühne betreten, auch wenn ihre Dependence nicht den Status einer diplomatischen Vertretung besitzt.

So kommt – im Januar 2012 – Bewegung in einen Konflikt, der bislang unlösbar schien: Die Amerikaner werden mit ihren Todfeinden reden. Mit jenen Männern, die schuld daran sind, dass bislang 1783 amerikanische und fast 990 weitere Soldaten der internationalen Afghanistan-Mission am Hindukusch fielen. Und die der Terrororganisation al-Qaida noch immer Unterstützung gewähren.

Die Gespräche dienen dem Ziel, Afghanistan für die Zeit nach Abzug der westlichen Truppen 2014 eine politische Perspektive zu bieten. Alles scheint möglich, selbst die Einbindung der Taliban in eine Regierung der nationalen Einheit.

Die Führung um Mullah Omar hat intern sogar signalisiert, sie könne einer zentralen Bedingung des Westens zustim-

men: der Trennung von al-Qaida und damit dem Abschied vom internationalen Terrorismus. Das wäre ein Signal, das es den westlichen Regierungen ermöglichen würde, den Afghanistan-Einsatz doch noch als politischen Erfolg zu verkaufen.

Auch mit Amerikas „Feinden“ zu reden, das hatte Barack Obama schon als Präsidentschaftskandidat versprochen. Jetzt erklärte Vizepräsident Joe Biden sogar: „Die Taliban sind nicht unser Feind“ – was deren Führung als eine der ersten vertrauensbildenden Maßnahmen vorgeschlagen hatte.

Was aber bewog die Taliban, sich mit den Amerikanern einzulassen – entgegen allen Schwüren, erst nach Abzug der ausländischen Truppen mit dem Westen verhandeln zu wollen? Im Kern, so ein Afghane mit engen Kontakten zum Stab von Mullah Omar, die Annahme der Taliban-Führung, dass sich die Amerikaner zu einem vollständigen Abzug bewegen ließen. Und das am ehesten auf dem Verhandlungswege: „Aber wenn am Ende kein Abzug steht, wird es kein Abkommen geben.“

Überdies schwane ihnen: Selbst ein Sieg in ihrem Feldzug gegen das jetzige Regime in Afghanistan könnte verhängnisvoll sein. Sie würden dann zwar die Macht in Kabul übernehmen, aber wenn

das Land pleite ist und wieder als Paria-Staat gilt, geschnitten vom Rest der Welt, wäre für sie wenig gewonnen. So war es schon einmal, vor ihrem Sturz 2001, als außer Saudi-Arabien, Pakistan und den Vereinigten Arabischen Emiraten niemand das „Islamische Emirat Afghanistan“ anerkannt hatte. Auch den Taliban ist klar, dass Afghanistan ohne Fortsetzung der ausländischen Milliardenhilfen nach 2014 vor dem Kollaps stünde.

Seriöse Verhandlungspartner unter den Männern Mullah Omars zu finden – das war die härteste Nuss, die die Amerikaner knacken mussten. Zwar hatten sich bereits Afghanen als Emissäre angeboten. Aber entweder wurden sie schon in Pakistan aus dem Verkehr gezogen, wie Anfang 2010 Taliban-Vize Mullah Baradar: Der hatte eigenmächtig mit Karzais Regierung verhandelt und war prompt verhaftet worden. Oder sie entpuppten sich als Hochstapler – wie jener mutmaßliche Ladeninhaber aus Quetta, der sich 2010 in Kabul monatelang als Stellvertreter von Mullah Omar ausgab und dann unter Mitnahme eines sechsstelligen Begrüßungsgeldes spurlos verschwand.

Andere „Emissäre“ sprengten sich und ihren Verhandlungspartner in die Luft, wie jene zwei, die im September 2011 Ex-Präsident Burhanuddin Rabbani in seinem Haus in Kabul umbrachten, den Vorsitzenden des Hohen Friedensrats.

Tayyeb Agha dagegen galt schnell als verlässlicher Mann. Ihn entdeckt zu haben – für die Bundesregierung ist dies einer der raren Momente gelungener internationaler Diplomatie. Zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate, nach dem Gefangenenaustausch zwischen Israel und der Hamas, betätigt sich Deutschland als globaler Makler.

Es war Ende 2009, als sich ein in Europa lebender Exil-Afghane beim Bundesnachrichtendienst meldete. Er könne Kontakt zur Führungsspitze der Taliban vermitteln. Ob die Deutschen interessiert wären, so lautete die Frage.

Der BND hatte schon einmal, im Sommer 2005, sondiert, ob es eine Grundlage für Gespräche mit den Aufständischen gebe. In einem Zürcher Hotel hatten die Deutschen damals zwei Taliban-Vertreter einquartiert, doch die Gespräche scheiterten an der Weigerung Mullah Omars, sich von al-Qaida zu distanzieren.

Diesmal beschränkten sich die Geheimen auf die Logistik, die Federführung überließen sie dem Auswärtigen Amt. Im Frühjahr 2010 traf Bernd Mützelburg, der damalige deutsche Afghanistan-Beauftragte, erstmals jenen Mann, der die Taliban und Mullah Omar repräsentieren sollte: Tayyeb Agha.

Agha ist ein ruhiger und stets kontrollierter Gesprächspartner, ein Paschtune, der sein Wort hält, das ist der Ruf, der ihm vorausleitet. Das Treffen mit Mützel-

burg fand am Persischen Golf statt, neutrales Terrain, aus Pakistan wie Afghanistan leicht zu erreichen.

Im April 2010 übergab Mützelburg sein Amt an Michael Steiner. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte Gespräche mit den Taliban ihren Segen erteilt, ebenso der amerikanische Präsident. Das Weiße Haus stellte eine Sicherheitsgarantie aus, ohne die Agha wohl nicht angereist wäre: zu groß das Risiko, unterwegs verhaftet und nach Guantanamo geflogen zu werden.

In Washington koordinierte Richard Holbrooke die Verhandlungen, Obamas damaliger Sonderbeauftragter für Afghanistan. Er verprellte mit seinem Ehrgeiz, mögliche Gespräche mit den Taliban persönlich leiten zu wollen, aber viele Regierungsberater – die allein deswegen ge-

kaner hatten noch das Drama von Khost im Kopf, wo 2009 ein vermeintlicher Informant der CIA mitten in einer US-Basis einen Sprengstoffgürtel gezündet und sieben CIA-Agenten mit in den Tod gerissen hatte. In München sollte nichts schiefgehen, dafür garantierte der BND.

Die amerikanische Delegation bestand aus Diplomaten des State Department und Geheimdienstlern, Agha kam mit zwei seiner engsten Vertrauten. Das Treffen, heißt es in Washington, sei „ein Durchbruch“ gewesen. Im Mai 2011 lud die Bundesregierung ein zweites Mal nach Deutschland, wieder nach München.

Mit Verhandlungen zwischen Todfeinden hat die Bundesregierung inzwischen Erfahrung, es ist ein Prozess, der aus vielen kleinen Schritten besteht. Einen die-

zwei frühere Provinz-Gouverneure, der einstige Geheimdienstler Abdul Haq Wasiq sowie Mohammed Fazl, einst Vize-Verteidigungsminister der Islamisten.

Die Namen hat Agha benannt. Die Gefangenen sollen, so ist es vorgesehen, in Doha am Persischen Golf unter Hausarrest gestellt und vom Roten Kreuz betreut werden. Ob der Austausch auch stattfindet, ist noch offen. Er birgt für die Obama-Administration Risiken, denn er könnte im Wahljahr den Republikanern Munition gegen die Demokraten liefern. Obama zögert, aber ohne den Austausch wird es keine politischen Verhandlungen geben, trotz der Büroeröffnung in Katar.

In der US-Öffentlichkeit, das ist das Problem des Präsidenten, werden die Taliban weiterhin als Terrorgruppe wahrgenommen. Die Konservativen rebellieren offen gegen jede Art von Verhandlungsansatz. Senator Saxby Chambliss, hochrangiger Republikaner im Geheimdienst-Ausschuss, warnt vor Gesprächen mit „Terroristen“, Präsidentschaftsbewerber Mitt Romney vor „Versöhnlerturn“.

Vali Nasr, einst ranghoher Berater des inzwischen verstorbenen Holbrooke und nun Politikprofessor an der Tufts University, sieht das anders: „Wir Amerikaner werden Afghanistan in jedem Fall verlassen. Also ist es besser, ein Abkommen mit den Taliban auszuhandeln, um unseren Abzug zu erleichtern und das Land für die Zeit danach zu stabilisieren.“

Es gibt aber noch Stolpersteine: Welche Rolle werden Präsident Hamid Karzai, die Iraner und vor allem Pakistan spielen? Karzais Zusage zur Eröffnung des Taliban-Büros mussten die Amerikaner geradezu erzwingen: Allzu offensichtlich ist die Absicht Mullah Omars, den Herrscher in Kabul zu boykottieren. Der aber fordert, was immer jetzt geschehe, müsse der Kontrolle seiner Regierung unterliegen. Das ist eine Illusion.

Auch die Führung Irans, die unlängst ein Verteidigungsabkommen mit Kabul unterzeichnete, will in Afghanistan stärker mitmischen und sucht Kontakt zu den Taliban – gegen die sie 1998 fast Krieg geführt hätte. Pakistans Militärführung wird ebenfalls einiges daransetzen, die Taliban unter Kontrolle zu halten.

Bis die Verhandlungen mit ihnen zu einem Ergebnis führen, wird viel Zeit vergehen. Es ist eine politische Gratwanderung, die „eher Jahre als Monate dauern wird“, heißt es in Washington und Berlin. Vorerst wird in Afghanistan weiter geschossen. Washington beharrt darauf, auch mit den „kill or capture“-Operationen fortzufahren, denen in vergangenen Jahren Tausende Krieger der Taliban zum Opfer gefallen sind.

Die Kämpfer Mullah Omars werden kaum anders verfahren.

CHRISTOPH REUTER, GREGOR PETER SCHMITZ,
HOLGER STARK



ABDULL MATIN SARFRAZ

Taliban in der Provinz Kunduz: „Wenn am Ende kein Abzug steht, gibt es kein Abkommen“

gen jede Art von Dialog waren. „Weil Holbrooke nicht Außenminister werden konnte, wollte er wenigstens eigenhändig Frieden in der Region stiften, wie es ihm auf dem Balkan gelungen war“, sagt Shmila Chaudhary, bis vor kurzem im Nationalen Sicherheitsrat des Weißen Hauses für die Region zuständig.

Die Kommunikation zwischen Agha und den Berliner Vermittlern lief über Zwischenstationen, keine Handys, keine Mails, niemand sollte den Vertreter der Aufständischen orten können. Mit einer abgesprochenen Botschaft, die auf einer den Taliban zugerechneten Webseite erschien, bewies Agha, dass er tatsächlich Kontakt zum Führungsstab der Islamisten hat.

Als er und die Amerikaner im November 2010 zum ersten Mal aufeinandertrafen, soll die Atmosphäre zum Zerreißen gespannt gewesen sein. Die Ameri-

ser Schritte machte Agha im vergangenen Sommer, als er den Amerikanern im Fall von Bowe Bergdahl, 25, half.

Bergdahl ist ein amerikanischer GI, der im Juni 2009 unter nicht geklärten Umständen von seinem Posten in der afghanischen Provinz Paktika verschwand. Er ließ Waffe, Schutzweste und Funkgerät zurück; in einem Video, das die Taliban später veröffentlichten, erklärte er, er sei entführt worden.

Im vergangenen Sommer lieferte Agha den Amerikanern ein aktuelles Lebenszeichen – und damit erneut den Beweis, dass er Zugang zum Führungskreis der Islamisten besitzt, in dessen Händen Bergdahl angeblich ist. Derzeit bahnt sich ein Deal an, bei dem der GI gegen fünf hochrangige Taliban-Funktionäre ausgetauscht werden könnte, die auf Guantanamo gefangen gehalten werden. Darunter sind